

Antrag der Fraktion der CDU**ÖPNV statt Führerschein – Seniorinnen und Senioren den Tausch des eigenen Führerscheins gegen ein ÖPNV-Ticket endlich ermöglichen**

Bereits 2018 hat die Stadtbürgerschaft beschlossen, Seniorinnen und Senioren den Tausch gegen ein ÖPNV-Ticket zu ermöglichen. Umgesetzt wurde der einstimmig gefasste Beschluss bis dato nicht.

Im Vortext zum damaligen Antrag (Drucksache 19/578 S) heißt es:

„Viele ältere Autofahrerinnen und Autofahrer fühlen sich im Verkehr nicht mehr so sicher. Zwar gehören sie keinesfalls zur größten Gruppe der Unfallverursacher, da sie häufig nur tagsüber auf kurzen – meist bekannten Strecken – unterwegs sind und eine defensive Fahrweise bevorzugen. Trotzdem lässt nachgewiesenermaßen das Reaktionsvermögen mit zunehmendem Alter nach. Deswegen gibt es viele ältere Seniorinnen und Senioren, die trotz vorhandener Fahrerlaubnis aus einer selbst gefühlten Unsicherheit heraus von ihrer Fahrerlaubnis keinen Gebrauch mehr machen, da sie sich und andere nicht gefährden wollen. Eine erzwungene Überprüfung der Fahrfähigkeit empfinden viele Ältere als bevormundend und Einschränkung ihrer Lebensqualität.“

Die Intention, Seniorinnen und Senioren nicht zu bevormunden, sondern ein alternatives Angebot zu unterbreiten, ist genau der richtige Weg und sollte endlich umgesetzt werden.

Auch in Bremerhaven können Autofahrer ab 70 Jahren im Stadtgebiet Bremerhaven kostenlos Bus fahren, wenn sie freiwillig ihre Fahrerlaubnis abgeben. Die initiierte Kampagne „Umsteigen70“ wirbt für die Möglichkeit des Führerscheintauschs.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ähnlich wie in Bremerhaven Seniorinnen und Senioren ab 70 Jahren spätestens im ersten Quartal 2024 ein ÖPNV-Ticket im Tausch für den eigenen Autoführerschein anzubieten und den Seniorinnen und

Senioren die Wahl zwischen einem Deutschlandticket oder MIA-Ticket zu lassen und sicherzustellen, dass den Seniorinnen und Senioren dieses ÖPNV-Ticket zeitlich unbegrenzt und kostenfrei zur Verfügung steht;

2. eine entsprechende Informationskampagne zu initiieren und der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung spätestens im ersten Quartal 2024 über die Umsetzung zu informieren.

Michael Jonitz, Kerstin Eckardt, Frank Imhoff und Fraktion der CDU